



LA CONVENZIONE EUROPEA
IL SEGRETARIATO

Bruxelles, 4 settembre 2002 (06.09)
(OR. FR/DE)

CONV 232/02

CONTRIB 81

NOTA DI TRASMISSIONE

del:	Segretariato
alla:	Convenzione
Oggetto:	Contributo del Sig. Caspar Einem, membro della Convenzione, e della Sig.ra Maria Berger, membro supplente della Convenzione: "Verso un'Unione sociale"

Il Segretario Generale della Convenzione ha ricevuto dal Sig. Caspar Einem, membro della Convenzione, e dalla Sig.ra Maria Berger, membro supplente della Convenzione, il contributo ripreso in allegato.

Auf dem Weg zur Sozialunion

(1) Makroökonomische Politik und Vollbeschäftigung

A. Der Konvent zur Zukunft Europas bietet die Chance, die Europäische Union nach fünfzig erfolgreichen Jahren als Faktor des Friedens und der Stabilität in Europa nun auch zu einer Union der Bürgerinnen und Bürger zu entwickeln. Dazu muss die Union einerseits auf ein klares, den Menschen in den Mittelpunkt stellendes Fundament gestellt werden und sie muss entsprechende Politiken entwickeln und stärken, die deutlich zu machen helfen, dass die Union ein wirkungsvolles politisches Instrument zur effizienteren und effektiveren Lösung von Herausforderungen und Problemen der Menschen von heute ist, als es etwa die Nationalstaaten sein können.

B. Die EU hat auf dem Weg in die Herzen ihrer Bürgerinnen und Bürger zunächst das Problem zu lösen, dass die fundamentalsten Interessen und Sorgen der Menschen einen entsprechenden Platz in der Politik finden: Beschäftigung und Soziale Sicherheit. In diesem ersten Vorschlag soll es daher vor allem um zwei Schwerpunkte gehen: um die Grundlagen einer auf Vollbeschäftigung orientierten Wirtschaftspolitik und um eine entsprechende Anpassung der Bestimmungen über die Europäische Zentralbank, die diese Politik – bei voll gewahrter Unabhängigkeit – zu unterstützen hat.

C. Dieser Vorschlag ist der erste einer Reihe von auf einander abgestimmten Vorschlägen. Er beruht auf dem Vertrag über die Europäische Union (EUV) und dem Vertrag über die Europäische Gemeinschaft (EGV). Es wird jedoch mit Blick auf eine künftige Verfassungsstruktur eine neue Anordnung der inhaltlichen Themenblöcke vorgeschlagen.

Grundsätzlich soll der Verfassungsvertrag mit den inhaltlichen Grundsätzen und Überzeugungen (den Werten, auf denen die Union beruht) und mit den Bestimmungen zur Unionsbürgerschaft beginnen. Dort ist auch die Charta der Grundrechte zu inkorporieren. Es erscheint sinnvoll, anschließend Teile zu den Themen „Kompetenzen“ und „Instrumente“ vorzusehen. Diesem Verfassungsvertrag im engeren Sinn sollen sich die weiteren Bestimmungen nach inhaltlicher Schwerpunktsetzung anschließen. Auch aus der Anordnung der inhaltlichen Kapitel soll die Neuorientierung der Union auf ihre Bürgerinnen und Bürger deutlich werden.

D. Textvorschläge zu den Grundsätzen und Überzeugungen der Union

Die erste grundsätzliche Bestimmung zu den Zielen, Aufgaben und Instrumenten der Gemeinschaften findet sich in Artikel 2 EGV.

1. Es wird vorgeschlagen, in Artikel 2 EGV folgende Änderungen vorzunehmen:
Die Zielbestimmung soll sich an den Interessen der Menschen und nicht primär an den Mitteln zu ihrer Realisierung orientieren. Überdies erscheint eine systematische Trennung von Zielen, Aufgaben und Instrumenten im Sinne einer besseren Lesbarkeit sinnvoll. Der Text könnte daher wie folgt lauten:

„GRUNDSÄTZE

1. Artikel 2

(1) Ziel der Gemeinschaft ist, den Menschen innerhalb der Union ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Geborgenheit und Wohlstand, frei von wirtschaftlicher und sozialer Not und von Armut zu gewährleisten.

(2) Zu diesem Zweck errichtet und gewährleistet sie eine Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion und sorgt durch Umsetzung der in Artikel 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft

- für eine harmonische, ausgewogene, [...] nachhaltige **und ökologisch vertretbare** Entwicklung des Wirtschaftslebens,
- **für Vollbeschäftigung unter Beachtung einer hohen Qualität der Arbeitsplätze und eines existenzsichernden Einkommensniveaus,**
- für ein hohes Maß an sozialem Schutz **und sozialer Sicherheit,**
- **für die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen,**
- **für ein spannungsfreies Zusammenleben der Generationen,**
- für ein beständiges und nichtinflationäres Wachstum,
- für einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen,
- **für eine nachhaltige Umweltentwicklung und**
- für ein hohes Maß an Umweltschutz und
- **für eine Verbesserung der Umweltqualität,**
- für die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität,
- für den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und
- für die Förderung der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten **und**
- **für die Solidarität der Menschen innerhalb der Union.“**

Hier geht es einerseits um eine deutliche Akzentänderung in der Grundsatzbestimmung, so dass der Mensch im Vordergrund steht. Dann werden jedoch auch die Ziele erweitert und verdeutlicht. Es soll nicht nur um „ein hohes Beschäftigungsniveau“, sondern um „Vollbeschäftigung“ gehen und es soll darüber hinaus nicht nur ein quantitatives Ziel, sondern auch eine entsprechende Qualität der Arbeitsplätze verfolgt werden. Qualität in diesem Sinne soll jedoch nicht nur im Sinne des Arbeitnehmerschutzes verstanden werden, sondern auch in dem Sinne, dass es um Arbeitsplätze geht, die für die Beschäftigten existenzsichernde Einkommen bieten.

Die jüngsten Erfahrungen mit kapitalgedeckten Pensionen und die Diskussionen über Pensionsreformen vor allem im Interesse der Realisierung der Stabilitätsziele lassen eine Grundsatzbestimmung zum spannungsfreien Zusammenleben der Generationen sinnvoll und notwendig erscheinen. Auf dieser Bestimmung kann dann in einem weiteren Vorschlag zur Sozialunion aufgebaut werden.

Es erscheint weiters geboten, auch den Aspekt der Nachhaltigkeit des Wirtschaftens und der Umweltentwicklung zu verstärken und zu verdeutlichen. Unter nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung soll demgemäß nun nicht nur deren stetige Entwicklung, sondern auch deren ökologische Vertretbarkeit verstanden werden.

Gegen Ende dieser Bestimmung soll durch die Ergänzung verdeutlicht werden, dass die Union nicht mehr bloß eine Gemeinschaft von Staaten, sondern zunehmend eine von Menschen ist. Und schließlich wird die Intensität der Bestimmung angehoben: bisher sollten die Ziele „gefördert“ werden, jetzt soll für ihre Realisierung „gesorgt“ werden.

2. Eine entsprechende Anpassung wird auch für Artikel 2 EUV vorgeschlagen. In Artikel 2, erster Spiegelstrich des EUV soll der Text wie folgt beginnen:

„Artikel 2

Die Union setzt sich folgende Ziele:

- *Die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, **die Herstellung von Vollbeschäftigung** sowie die Herbeiführung einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung...*“.
- [weiter wie bisher]

3. In Artikel 3 EGV sollen folgende Änderungen vorgenommen werden:
In Absatz (1) soll es lauten:

„(1) Die Tätigkeit der Gemeinschaft im Sinne des Artikel 2 umfaßt nach Maßgabe dieses Vertrages und der darin vorgesehen Zeitfolge:

...

...

- i) *eine gemeinsame makroökonomische Politik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung,*
- ii) *die Beachtung einer hohen Qualität der Arbeitsplätze und eines existenzsichernden Einkommensniveaus,*
- iii) *die Entwicklung einer europäischen [...] Beschäftigungsstrategie;*
- j) *eine Sozialpolitik, die auf Vollbeschäftigung unter Beachtung einer hohen Qualität der Arbeitsplätze sowie auf ein hohes Maß an sozialem Schutz und sozialer Sicherheit zielt und diese Politiken mit einem Europäischen Sozialfonds unterstützt;“*

Hier geht es einerseits um eine Anpassung an die neue Bestimmung des Artikel 2 und andererseits um eine Weiterentwicklung der derzeit bloß koordinierten Beschäftigungspolitiken durch eine gemeinsame makroökonomische Politik, die auf Vollbeschäftigung zielt und die überdies von der EZB unterstützt wird, sowie zu einer wirksamen "europäischen Beschäftigungsstrategie". Um zu verdeutlichen, dass nicht nur um ein quantitatives Ziel der Versorgung mit Arbeitsplätzen gehen kann, wird auch hier die Qualität der Arbeitsplätze und überdies ausdrücklich das Ziel fest geschrieben, dass es sich um Arbeitsplätze handeln soll, die ein Einkommen abwerfen, das existenzsichernd ist.

4. In Artikel 4 Absatz 1 EGV soll lauten:

„(1) Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft im Sinne des Artikel 2 umfasst nach Maßgabe dieses Vertrages und der darin vorgesehenen Zeitfolge die Einführung einer Wirtschafts- Sozial- und Beschäftigungspolitik, die auf der Festlegung gemeinsamer Ziele, einer engen Koordinierung **dieser Politiken** der Mitgliedstaaten, **einer gemeinsamen makroökonomischen Politik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung, auf dem institutionalisierten Dialog zwischen den Sozialpartnern auf Gemeinschaftsebene und auf dem Binnenmarkt** beruht und den Grundsätzen einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, **der sozialen Wohlfahrt und der Nichtdiskriminierung** verpflichtet ist.“

Mit der Ergänzung des Artikels 4 Absatz 1 wird versucht, das europäische Sozialmodell in einigen seiner wesentlichen Punkten fest zu schreiben. Andere derartige Festschreibungen werden in weiteren Vorschlägen folgen. Wesentlich erscheint, dass nunmehr der Soziale Dialog, der bisher nur in Artikel 139 für den Bereich der Sozialpolitik festgeschrieben ist, nunmehr zu einem Arbeitsprinzip der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik werden soll. Vgl. dazu auch den Abänderungsvorschlag zu Artikel 99 Absatz 2.

Die ausschließliche Festlegung auf das Prinzip der „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ greift zu kurz. Es wird daher vorgeschlagen, den Grundsatz der offenen Marktwirtschaft durch ein zweites Prinzip zu ergänzen: Das Prinzip „der sozialen Wohlfahrt“.

In Artikel 4 Absatz 2, in dem es primär um Währungspolitik geht, soll es nach dem Wort „Wechselkurspolitik“ weiter lauten:

*„die beide vorrangig das Ziel der **gesamtwirtschaftlichen Stabilität (Wachstum, Vollbeschäftigung und Preisstabilität)** verfolgen und unbeschadet dieses Ziels die allgemeine Wirtschafts- **Sozial und Beschäftigungspolitik** in der Gemeinschaft unter Beachtung der Grundsätze einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb **und der sozialen Wohlfahrt** unterstützen sollen.“*

Absatz 3 soll lauten:

*„(3) Diese Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft setzt die Einhaltung der folgenden richtungsweisenden Grundsätze voraus: **wirtschaftliches Wachstum, Vollbeschäftigung, Preisstabilität**, gesunde öffentliche Finanzen und monetäre Rahmenbedingungen sowie eine dauerhaft finanzierbare Zahlungsbilanz.“*

In den grundsätzlichen Artikeln 2, 3 und 4 sollen auch die leitenden Grundsätze für die Politik des ESZB festgeschrieben und grundgelegt werden.

E. Textvorschläge zu den Politiken der Gemeinschaft (Union)

In diesem, an den Verfassungstext im engeren Sinn anschließenden Text – bisher 3. Teil des EGV – sollen sich in neuer Anordnung - die einzelnen Politikfelder (bisher Titel I bis XX) finden.

Als Titel I. wird (neu) vorgeschlagen:

„Titel I Wirtschafts- und Sozialunion

- **Wirtschaftspolitik**
- **Beschäftigungspolitik**
- **Sozialpolitik**
- **Währungspolitik**
- *Institutionelle Bestimmungen*
- *Übergangsbestimmungen“*

Der Titel mit den wesentlichsten Aufgaben der Union soll als Titel I in der Neuordnung der Verträge (des Vertrages) aufgenommen werden.

Inhaltlich sollen dabei nunmehr die Bestimmungen zur gemeinsamen Wirtschafts-, Beschäftigungs-, Sozial- und Währungspolitik zusammen gefasst werden, um zu verdeutlichen, dass es nunmehr um eine neue Dimension der Union geht: die Wirtschafts- und Sozialunion!

5. Kapitel 1 soll lauten:
„**DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK**“ [wie bisher]

In Artikel 98 soll der zweite Satz lauten:

„Die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft handeln im Einklang mit dem
- *Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb, wodurch ein effizienter Einsatz der Ressourcen gefördert wird und*
- *dem Grundsatz der sozialen Wohlfahrt*
und halten sich dabei an die in Artikel 4 genannten Grundsätze.“

6. Artikel 99 Absatz 2 EGV soll lauten:

*„(2) **Die Kommission erarbeitet unter Einbindung der Sozialpartner einen Vorschlag und der Rat erstellt auf Basis dieses Vorschlags und nach Anhörung des Europäischen Parlaments einen Entwurf** für die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft und erstattet dem Europäischen Rat hierüber Bericht.*

Der Europäische Rat erörtert auf der Grundlage dieses Berichtes des Rates eine Schlußfolgerung zu den Grundzügen der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft.

*Auf der Grundlage dieser Schlußfolgerung verabschiedet der Rat mit qualifizierter Mehrheit **und nach Zustimmung durch das Europäische Parlament** eine Empfehlung, in der diese Grundzüge dargelegt werden. [...]“*

Einerseits soll durch die Neufassung die Einbeziehung des Europäischen Parlaments und damit der direkt gewählten Vertretung der Bürgerinnen und Bürger in dieses wesentliche Politikfeld gewährleistet werden. Andererseits sollen im Sinne der Weiterentwicklung des sozialen Dialogs auf europäischer Ebene die Europäischen Sozialpartner frühzeitig in die Entwicklung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik einbezogen werden. Schließlich soll durch den Ersatz des Begriffs „Empfehlung“ durch den Begriff „Vorschlag“ die Rolle der Kommission gestärkt werden.

7. Artikel 99 Absatz 3 soll lauten:

*„(3) **Um eine engere Koordinierung der Wirtschaftspolitik und eine dauerhafte Konvergenz der Wirtschaftsleistungen der Mitgliedstaaten zu gewährleisten, überwacht [...] die Kommission die wirtschaftliche Entwicklung in jedem Mitgliedstaat....**“* [weiter wie bisher]

Im Sinne der deutlicheren Trennung von exekutiven Aufgaben – die der Kommission zugeschlagen werden sollen – und legislativen Funktionen wird vorgeschlagen die Überwachungsaufgabe gleich der Kommission zu übertragen, die ohnehin schon bisher diese Funktion ausgeübt, jedoch ihre Ergebnisse dem Rat mitgeteilt hat.

8. In Artikel 100 Absatz 1 soll das Erfordernis der einstimmigen Beschlussfassung durch das Erfordernis der qualifizierten Mehrheit ersetzt und um die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments ergänzt werden.

In Absatz 2 soll im zweiten Satz ebenfalls die Mitentscheidung des Europäischen Parlaments vorgesehen werden. Der dritte Satz kann daraufhin entfallen.

9. In Artikel 104 Absatz 1 lit a) soll der Text im zweiten Spiegelstrich lauten:
„- oder der Referenzwert nur ausnahmsweise und vorübergehend überschritten wird
– **etwa durch das Wirken der automatischen Stabilisatoren** – und das Verhältnis in der Nähe des Referenzwertes bleibt,“

Die EZB soll nach den Vorschlägen zur Wirtschafts- und Sozialunion (siehe dazu weiter unten) für Beschäftigung, Wachstum und Preisstabilität zuständig sein, die Finanzpolitik für die konjunkturelle Stabilisierung der Beschäftigung (automatische Stabilisatoren) und die Bereitstellung einer wachstumsförderlichen Infrastruktur. Schließlich soll die Tarifpolitik – im sozialen Dialog mit der EZB – dazu beitragen, dass von ihr keine Inflationsimpulse ausgehen.

10. In Artikel 104 Absatz 2 wird nach lit b) folgender Satz eingefügt:
„**Kreditfinanzierte öffentliche Infrastrukturinvestitionen bleiben bei der Prüfung außer Betracht.**“

Erläuterung unter 9.

11. Kapitel 2 soll lauten
„**BESCHÄFTIGUNG**“ [wie bisher]

12. Artikel 125 soll lauten:
„Die Gemeinschaft **betreibt eine gemeinsame makroökonomische Politik mit dem Ziel der Vollbeschäftigung gemäß Artikel 3 Absatz 1 lit i), ii) und iii) dieses Vertrages. In Ergänzung dieser Politik entwickeln die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft nach diesem Kapitel eine europäische Beschäftigungsstrategie die insbesondere auf die Förderung der Qualifizierung, Ausbildung und die Befähigung der Arbeitnehmer/innen hinzielt, die Herausforderungen des wirtschaftlichen Wandels zu bestehen**, um die Ziel des Artikels 2 des Vertrages über die Europäische Union und des Artikels 2 des vorliegenden Vertrages zu erreichen.“

Die bisherige Textierung der Artikel des Titels VIII lässt nicht genau erkennen, ob darunter Beschäftigungspolitik im Sinne der Arbeitsmarktpolitik oder eine makroökonomische Politik, die auf ein (bisher) hohes Beschäftigungsniveau gerichtet ist, zu verstehen ist. Diese Frage soll durch den Hinweis auf Artikel 3 Absatz 1 lit i in beiden Richtungen entschieden werden.

Die zweite Änderung im Text verfolgt das Ziel, deutlich zu machen, dass es um die Befähigung der Arbeitnehmer im Sinne eines empowerment geht und nicht um die Abrichtung der Arbeitnehmer auf quasi naturgesetzlich eintretende Entwicklungen des „wirtschaftlichen Wandels“.

13. Artikel 127 soll lauten:
„Die Gemeinschaft trägt **durch ihre makroökonomische auf Vollbeschäftigung orientierte Politik im Sinne des Artikel 3 Absatz 1 lit i), ii) und iii) dieses Vertrages und dadurch** zu einem hohen Beschäftigungsniveau bei, indem sie die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten fördert und deren Maßnahmen in diesem Bereich unterstützt und erforderlichenfalls ergänzt.“

Der bisherige Absatz 2 entfällt und wird durch folgenden neuen Absatz 2 ersetzt:

„(2) Der Rat kann auf Vorschlag der Kommission unbeschadet der sonstigen in diesem Vertrag vorgesehenen Verfahren einstimmig über die der Arbeitsmarktlage angemessenen Maßnahmen entscheiden, insbesondere falls gravierende Probleme wie hohe Arbeitslosigkeit oder Arbeitskräfteknappheit in bestimmten Teilen des Arbeitsmarktes auftreten.“

Ein hohes Beschäftigungsniveau bzw. Vollbeschäftigung sind nicht durch reine Arbeitsmarktpolitik zu erzielen. Beschäftigungspolitik braucht mit ihren Maßnahmen der Qualifizierung oder Wiedereinstieghilfen immer auch einer entsprechenden makroökonomischen Politik, die Wachstum und Vollbeschäftigung gerichtet ist, um erfolgreich sein zu können. Deshalb wird sowohl in Artikel 125, als auch an dieser Stelle der Hinweis auf Artikel 3 Abs. 1 lit i) ausdrücklich aufgenommen.

Absatz 2 greift die entsprechende Bestimmung des Artikel 100 Absatz 1 auf und schafft ein Eingriffsrecht des Rates bei schwerwiegenden arbeitsmarktpolitischen Krisen, das der Einstimmigkeit unterliegt.

14. Artikel 128 wird wie folgt geändert:

„(1) Gleichzeitig mit der Erörterung des Berichts des Rates zum Entwurf der Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten gemäß Artikel 99 Absatz 2 dieses Vertrages prüft der Europäische Rat anhand eines gemeinsamen Jahresberichtes des Rates und der Kommission jährlich die Beschäftigungslage in der Gemeinschaft und nimmt dazu Schlussfolgerungen an.

(2) Anhand der zugleich verabschiedeten Schlussfolgerungen des Europäischen Rates nach Artikel 99 Absatz 2 und nach diesem Artikel legt der Rat auf Vorschlag der Kommission und nach Zustimmung durch das Europäische Parlament, nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses....“ [weiter wie bisher]

Es ist vielfach beklagt worden, dass einerseits die Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten nicht zu selben Zeit, wie die Leitlinien zur Beschäftigungspolitik verabschiedet werden und dass andererseits die inhaltliche Verzahnung einseitig blieb. Beides soll durch die neue Fassung ins Gleichgewicht gebracht werden.

15. Kapitel 3 soll lauten:
„SOZIALPOLITIK“

Vorschläge hiezu werden folgen.

16. Kapitel 4 soll lauten:
„WÄHRUNGSPOLITIK“ [wie bisher]

17. Die Zieldefinition der Geldpolitik des ESZB soll wie folgt erweitert werden:
Absatz 1 von Artikel 105 EGV wird wie folgt geändert:

„(1) Das vorrangige Ziel des ESZB ist es, die allgemeine Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft zu unterstützen, um zur Verwirklichung der in Artikel 2 festgelegten Ziele der Gemeinschaft beizutragen, die Preisstabilität zu

*gewährleisten **sowie zur Wahrung der Stabilität des Finanzsystems beizutragen.** Das ESZB handelt im Einklang mit den Grundsätzen einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb **und der sozialen Wohlfahrt, und fördert einen effizienten und nachhaltigen Einsatz der Ressourcen** und hält sich dabei an die in Artikel 4 genannten Grundsätze.“*

Die Geldpolitik des ESZB ist nicht Selbstzweck, sondern auf die Erreichung eines übergeordneten Ziels, nämlich der Erhaltung und Steigerung eines gerecht verteilten Wohlstands der EuropäerInnen, auszurichten. Die Wahrung der Preisstabilität kann hierbei einen Beitrag leisten, die alleinige Ausrichtung auf dieses Ziel greift jedoch zu kurz und lässt wesentliche ökonomische Wirkungszusammenhänge außer Acht.

Sinnvoll wäre daher das gleichberechtigte Nebeneinander geldpolitischer Ziele. Das wird durch den Verweis auf den neu gefassten Artikel 2 erreicht. Hinzu käme überdies die explizite Verantwortung für die Wahrung der Stabilität des Finanzsystems, da heute eine der größten Gefahren für die Entwicklung einer Volkswirtschaft – und damit für den Wohlstand der Menschen – in plötzlichen Turbulenzen auf den Finanzmärkten liegt, die schwere realwirtschaftliche Folgen haben können. Diese Verpflichtung des ESZB könnte auch Anknüpfungspunkt für Maßnahmen zur Besteuerung kurzfristiger Kapitaltransfers (Tobin Tax) sein.

18. Die Definition von Preisstabilität (Inflationsziel) ist von demokratisch legitimierten Organen (hier: Finanzminister im ECOFIN und EP) festzulegen.

Absatz 6 von Artikel 105 soll lauten:

*„(7) Der Rat **legt nach Anhörung der EZB und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments jene Inflationsrate fest, die mittelfristig mit dem Ziel der Preisstabilität vereinbar ist, und** kann durch einstimmigen Beschluss auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung der EZB und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments der EZB Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute und sonstige Finanzinstitute mit Ausnahme von Versicherungsunternehmen übertragen.“*

Vgl dazu Hickel (1994): Wider die Gefahren des geldpolitischen Machtmißbrauch: Autonomie und/oder Demokratisierung der Deutschen Bundesbank; Kurswechsel, Sonderheft II a: „Wer aber entscheidet im klassischen Konfliktfall zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit? Die Bundesbank bestreitet letztlich den Zielkonflikt, weil sie die Inflationsbekämpfung zur ordnungspolitischen Regel erklärt, der sich die Tarif- und Beschäftigungspolitik unterzuordnen habe. Die Entscheidung über den Zielkonflikt der Wirtschaftspolitik überschreitet jedoch die Kompetenz der Bundesbank. Dazu fehlt ihr die verfassungsrechtliche Legitimation.“ Das heißt eine Zentralbank muß hinsichtlich ihrer Instrumente auf volle Unabhängigkeit setzen können, nicht jedoch bezüglich der Wahl der Ziele.

Durch die vollkommene Unabhängigkeit des ESZB und die gänzliche Übertragung aller geldpolitischer Kompetenzen an das Eurosystem kommt das ESZB in das Dilemma, gleichzeitig principal und agent sein zu müssen: Der principal gibt das Ziel vor, der agent soll es erfüllen. Um den Auftrag der Preisstabilität besonders gut zu erfüllen, hat sich das ESZB ein Inflationsziel von (mittelfristig) unter 2% gesetzt – ein Wert, der bisher nur in Phasen der Rezession oder in sehr schwachen Konjunkturjahren erreicht werden konnte.

Die Praxis der Geldpolitik im vergangenen und im laufenden Jahr zeigt, dass dieses Ziel nicht einhaltbar ist, wenn die Wirtschaft durch einen Angebotsschock, wie etwa einem Ölpreis-Schock

beeinträchtigt wird. Die ökonomisch sinnvolle Konsequenz der EZB war daher, das Ziel zu überschreiten und dennoch die Zinsen nicht zu erhöhen.

Hätte die Politik (ECOFIN und EP) es in der Hand, die Höhe des Inflationsziels vorzugeben, könnte weder der EZB der Vorwurf gemacht werden, Ziele dann zu verändern, wenn sie nicht eingehalten werden (Glaubwürdigkeitsproblem), noch käme man ständig in die absurde Situation, argumentieren zu müssen, warum man in einer schwachen Konjunktursituation die Zinsen nicht anhebt (nur, um die über 2% liegende Inflationsrate wieder unter den Zielwert zu drücken).

19. Artikel 109 wird sinngemäß angepasst.

20. Artikel 111 wird wie folgt verändert:

In Absatz 1 nach den Worten des ersten und des zweiten Satzes „*in dem Bemühen*,“ soll es lauten:

„zu einem mit **den Zielen des Artikel 105 Absatz (1)** im Einklang stehenden Konsens...“

Der letzte Satz des Absatz 2 soll lauten:

„Diese allgemeinen Orientierungen **müssen mit den Zielen des Artikel 105 Absatz 1 in Einklang stehen.**“

21. Die Geldpolitik des ESZB muss sich einer Rechenschaftspflicht unterziehen, um demokratische Legitimation zu erlangen.

Absatz 3 des Artikel 113 EGV wird wie folgt geändert:

„**(3) Die EZB unterbreitet dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission einen Jahresbericht über die Tätigkeit des ESZB und die Geld- und Währungspolitik im vergangenen und im laufenden Jahr. Der Präsident der EZB legt dem Europäischen Parlament darüber hinaus mit einer zeitlichen Verzögerung von zwei Wochen die Sitzungsprotokolle zu den Diskussionen des EZB-Rats über geldpolitische Entscheidungen vor, sodass auf dieser Grundlage in den zuständigen Ausschüssen eine fundierte allgemeine Aussprache über die Entscheidungsparameter der Geldpolitik durchgeführt werden kann. Der Präsident der EZB und, auf Ersuchen des Europäischen Parlaments, auch die anderen Mitglieder des Direktoriums haben in diesem Zusammenhang vor den zuständigen Ausschüssen des Europäischen Parlaments halbjährlich einen mündlichen Bericht abzulegen.**

Sollte dem zuständigen Ausschuss die zur Verfügung gestellte Information bzw. die angeführte Begründung der Geldpolitik im Hinblick auf die Zielsetzung des ESZB als nicht ausreichend erscheinen, so steht dem/der Vorsitzenden des Ausschusses das Recht zu, an der folgenden Sitzung des EZB-Rats teilzunehmen und die Position des Europäischen Parlaments darzulegen. Sollte das Vertrauensverhältnis auch darüber hinausgehend aus den oben angeführten Gründen nachhaltig gestört sein, so kann im Parlament unter sinngemäßer Anwendung des Artikel 201 dieses Vertrages ein Misstrauensantrag gegen den Präsidenten der EZB eingebracht werden. Die Annahme eines solchen Misstrauensantrages hat die sofortige Amtsenthebung des Präsidenten der EZB zur Folge. Bis zur Bestellung eines neuen Präsidenten nimmt der Vizepräsident die Funktion wahr.

Geldpolitik wird heute als komplizierte Wissenschaft auserlesener Experten dargestellt, die erstens zu komplex ist, um von Parlamentariern oder sonstigen Politikern wirklich verstanden werden zu können und die zweitens dann am besten funktioniert, wenn sie regelgebunden, allein auf das Erreichen einer bestimmten Inflationsrate ausgerichtet und unbefleckt von unseriösen ex-ante Koordinationsversuchen mit der Fiskal- und Einkommenspolitik in vollkommener Unabhängigkeit (von Rechenschaftspflicht?) ausgeübt werden kann.

Die Realität sieht freilich anders aus: auch die Geldpolitik hängt - wie andere Politikfelder auch - von der Einschätzung einzelner Menschen hinsichtlich einer bestimmten Wirtschaftslage und deren persönlichen Wertvorstellungen, welche Reaktion man in welcher Situation setzen sollte, ab – und das ist auch gut so (weil auch gar nicht anders möglich).

Das Problem an der gegenwärtigen Konstruktion besteht darin, dass durch das heutige Verständnis von Unabhängigkeit (keine ex-ante Koordination) und Rechenschaft (der EZB-Präsident zwingt sich mit Allgemeinphloskeln halbjährlich vor das Europäische Parlament) jegliche Möglichkeit einer inhaltlichen Diskussion über den richtigen geldpolitischen Kurs, die über den Kreis des EZB-Rats hinaus geht, nicht möglich ist. Selbst die Chef-Ökonomen der Zentralbanken stehen manchmal mit Staunen vor den Zinsentscheidungen, die von dem aus 17 Herren und einer Dame bestehenden Entscheidungsgremium (EZB-Rat) getroffen werden.

Die Gefahr dabei besteht darin, dass es objektiv nicht mehr nachvollziehbar ist, ob es gute Argumente gibt, die zu einer Zinsentscheidung geführt haben, ob es einzelne dominante Persönlichkeiten waren, die das Gremium zu einer bestimmten Entscheidung gebracht haben, oder ob die offizielle Ratssitzung überhaupt nur dazu dient, einen zuvor informell vereinbarten Beschluss formell anzunehmen.

Die politische Schlussfolgerung daraus muss sein, dass Strukturen geschaffen werden, in denen sich die geldpolitischen Entscheidungsträger einer breiten Diskussion stellen müssten und dem Europäischen Parlament ein Mechanismus eingeräumt würde, der eine inhaltlich fundierte Kontrollmöglichkeiten – bis hin zu Sanktionsmöglichkeiten in Ausnahmefällen – böte.

22. Nach Artikel 114 wird ein neuer Artikel 114a eingefügt, in dem nach dem Muster des Artikel 114 die Verpflichtung der EZB festgelegt wird, einen institutionalisierten sozialen Dialog mit den Sozialpartnern auf europäischer Ebene mit dem Ziel zu führen, sie in die auf gesamtwirtschaftliche Stabilität orientierte Politik einzubinden.

23. Es erscheint sinnvoll, eine gesonderte neue Übergangsbestimmung, analog zu Artikel 116 EGV zu schaffen, die festlegt, ab welchem Zeitpunkt die „Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion“ wirksam wird.